

Baade, Fritz

**Article — Digitized Version**

## Deutschlands Aufgabe im Rahmen der westeuropäischen Long-Term-Planung

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Baade, Fritz (1949) : Deutschlands Aufgabe im Rahmen der westeuropäischen Long-Term-Planung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 6, pp. 6-8

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130981>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Man darf sich keiner Täuschung hingeben. Alle Entscheidungen über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Westberlin und dem Osten werden in erster Linie von politischen Gesichtspunkten beeinflusst. Es sei daran erinnert, daß die Wirtschaftskommission der Ostzone Westberlin ursprünglich nicht am Interzonenhandel beteiligen wollte, schließlich aber nachgeben mußte, weil Frankfurt den Vertrag, den die Ostrepublik wegen ihres großen Stahlbedarfs unbedingt brauchte, ohne die Einbeziehung der Westsektoren nicht unterschrieben hätte. Man glaubt deshalb, daß die ostdeutsche Regierung den Vertrag loyal erfüllen wird.

Das Volumen des Interzonenhandels bedeutet für die Westberliner Wirtschaft einen monatlichen Umsatz von etwa 8 Mill. DM. Man muß aber berücksichtigen, daß es für den verarmten Osten schwierig ist, hochwertige Güter für Gegenlieferungen bereitzustellen. Deshalb ändert die Einbeziehung Westberlins in den Interzonenhandel nichts an der Notwendigkeit, das Geschäft mit Westdeutschland zu entwickeln. Das in Bonn beschlossene Hilfeprogramm schafft dafür wesentliche Voraussetzungen. (Kl.)

## Politische Kapitalien

**B**edeutet die Übermittlung von Vorschlägen der deutschen Bundesregierung an die Außenminister-Konferenz in Paris ein erstes Debut des westdeutschen Teilstaates auf der weltpolitischen Bühne? Wie dem auch sei — die Kenntnis der Angebote hätte die deutsche Öffentlichkeit sicher interessiert. Was davon bekannt geworden ist, dürfte die westdeutschen Staatsbürger mehr beunruhigen, als es die westdeutschen Nachbarn beruhigen wird. Halbe Verlautbarungen sind immer gefährlich, da sie den Vermutungen einen zu großen Spielraum lassen.

Sicher wäre es eine große Kombination, wenn mit der Hereinnahme ausländischen Kapitals, die sich auf die Dauer sowieso nicht wird vermeiden lassen, doch endlich das Sicherheitsgefühl der Franzosen erhöhen und gleichzeitig eine Beendigung der Demontagepolitik erreichen ließe. Ob das Kapital direkt oder indirekt aus Amerika kommt, interessiert wenig. Mehr interessiert schon, ob der deutschen Wirtschaft trotz ihres akuten Kapitalmangels mit der Hereinnahme von politischem Kapital gedient sein wird. Politische Kapitalien haben zwar den Vorteil, daß sie der Kreditsicherheit nicht allzu große Beachtung schenken, sie haben aber den Nachteil, daß sie politische Zinsen tragen sollen und eine einseitige Beschränkung der Souveränität im Gefolge haben. Kredite auf kommerzieller Basis sind ungefährlicher. Man muß auch daran denken, daß solche Angebote — auch wenn sie aus reinem Herzen gemacht werden — nur allzu leicht innen- und außenpolitisch ausgeschlachtet werden können.

Eine gegenseitige wirtschaftliche Beteiligung durch eine Kapitalverflechtung könnte sicher der europäischen Wirtschaftseinheit dienen. Und sicher wird die europäische Wirtschaftsunion nur dann zu einer Realität werden können, wenn durch wirtschaftliche Verflechtungen die Souveränität der Nationalstaaten nach und nach abgebaut werden kann. Dazu ist aber Voraussetzung, daß eine solche Verflechtung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit aufgebaut wird. (sk)

*Prof. Dr. Fritz Baade, Kiel:*

## Deutschlands Aufgabe im Rahmen der westeuropäischen Long-Term-Planung

**D**ie USA. haben die westeuropäischen Marshallplanländer mehrfach aufgefordert, einen gemeinsamen langfristigen Plan für den Wiederaufbau Europas aufzustellen. Der amerikanische Kongreß bewilligt jedes Jahr schweren Herzens die Dollarmilliarden, die Europa helfen sollen, bald auf eigenen Füßen zu stehen. Es gibt nämlich auch in Amerika dringende Projekte, die dem Herzen des amerikanischen Steuerzahlers näher stehen als der europäische Wiederaufbauplan: Wohnungen für Veteranen, mehr und bessere Schulen und Krankenhäuser, eine bessere Bezahlung der Lehrer usw. Viele dieser Projekte müssen zurückgestellt werden, weil das Geld in Europa noch dringender gebraucht wird und weil . . . der Marshallplan noch nicht so funktioniert, wie er eigentlich sollte.

Das kann aber erst sein, wenn es einen gemeinsamen europäischen Long-Term-Plan gibt und nicht ein Bündel nationaler Einzelplanungen. Damit ist das Europa des Marshallplans nicht aufzubauen, denn nicht einmal Amerika ist so reich, daß es 16 einander widersprechende Wiederaufbauprogramme finanzieren kann. Woran scheitert nun die Aufstellung des gemeinsamen europäischen Long-Term-Plans immer wieder?

### *Europa trägt die Folgen von Potsdam*

Man muß zugeben, daß es nicht leicht ist, dieses mit allen Kriegsschäden, -Verstümmelungen und Ressentiments belastete Marshallplan-Europa auf einen einheitlichen wirtschaftlichen Nenner zu bringen. Der Eiserne Vorhang hat die natürlichen Absatz- und Liefergebiete Ost- und Westeuropas voneinander ge-

trennt, und auch seit der Beendigung des „kalten Krieges“ gibt es erst sehr wenige schwache Ansatzpunkte für die Wiederherstellung eines einigermaßen normalen Güteraustausches zwischen Ost- und Westeuropa. Viele Länder des Marshallplan-Raumes haben ihre ausländischen Guthaben verloren, andere büßten ihren Kolonialbesitz ganz oder teilweise ein. Die größten Kriegszerstörungen hat zweifellos Deutschland: es ist systematisch zerbombt, es hat seine sämtlichen Auslandsguthaben verloren, es hat auch seine gesamte Handelsflotte verloren, und eine neue darf es nicht haben. Die Nachkriegszerstörungen im Rahmen des Potsdamer Abkommens, des level-of-industry-Plans, des Washington Agreements und der damit zusammenhängenden Demontagen und Industrieverbote gehen weiter und machen Deutschland zum schwächsten und damit gegen seinen eigenen Willen zum unsichersten Faktor des Marshallplan-Raums.

Nur die allmähliche Erkenntnis, daß nicht Deutschland allein, sondern ganz Europa die Folgen von Potsdam zu tragen hat, kann die Bemühungen um einen gemeinsamen europäischen Aufbauplan beschleunigen. Diese Wahrheit zeigt sich bereits bei den Handelsvertragsverhandlungen, die in Frankfurt geführt werden. Das Verkaufsbedürfnis der besser erhaltenen Marshallplan-Länder ist durchweg größer als der deutsche Geldbeutel. Die niedriggehaltene Kaufkraft der rund 50 Millionen deutschen Konsumenten bedeutet eine ständig fühlbare Schrumpfung der Absatzmöglichkeiten für die Wirtschaftsgüter der europäischen Nachbarstaaten. Holland kann seine Frühgemüse, Dänemark seinen Käse, Spanien und Italien ihre Zitrusfrüchte, die Türkei ihren Tabak und ihre Rosinen nicht in den notwendigen Mengen verkaufen, wenn der deutsche Verbraucher sich bestenfalls die lebensnotwendigen Dinge leisten kann, und auch diese nur mit Hilfe amerikanischer Subventionen. Sein Industrieexport reicht noch nicht einmal zur Bezahlung der notwendigsten Dinge aus.

### ***Güteraustausch schafft Massenwohlstand***

Wie war es denn früher in den „guten alten Zeiten“? Damals spielte Deutschland im europäischen Güteraustausch eine Hauptrolle. Die europäischen Länder kauften damals aus Deutschland ungefähr ebensoviel wie aus den USA., und Deutschland kaufte von ihnen mehr als das Doppelte von dem, was sie nach den USA. exportieren konnten. Der innereuropäische Güteraustausch betrug rund 7,5 Mrd. \$, also das Siebenfache des europäisch-amerikanischen Güteraustauschs. Der europäisch-amerikanische Güteraustausch, selbst wenn er noch sehr steigerungsfähig wäre, kann niemals ein Äquivalent für den geschrumpften innereuropäischen Güteraustausch werden, weder für den Ost-West-Handel, noch für den Handel der Marshallplan-Länder mit ihrem deutschen Partner.

Das Europa der 30er Jahre galt als ein wohlhabender Kontinent, weil es trotz Zollschranken und Autarkietendenzen einen gesunden Güteraustausch gab. Die Früchte des Mittelmeerraums fanden ihren Weg zu den Arbeitern der nordwesteuropäischen Industriegebiete,

so wie die Früchte aus Texas, Arizona, Californien und Florida in die Konsumzentren des nordöstlichen Industriegebiets von USA. fließen. Die Industriegebiete zahlten mit ihren Produkten: Stahl, Landmaschinen, Automobilen, Haushaltmaschinen, Kühlschränken, Textilien usw. Die Tatsache, daß die erwähnten amerikanischen Staaten am Ende der 30er Jahre mehr als 5 Mill. t Obst und Gemüse an ihre 90 Millionen Kunden im amerikanischen Industriezentrum verkauften, während in der gleichen Zeit die 120 Millionen Konsumenten der europäischen Industriezentren nur 1,5 Mill. t dieser Erzeugnisse kaufen konnten, zeigt, wie steigerungsfähig der innereuropäische Güteraustausch noch war. Sicher möchten die europäischen Frühgemüse-, Obst- und Tabakpflanzer gern genau soviel Landmaschinen, Kühlschränke und Autos kaufen wie ihre Kollegen in den USA. Aber—wenn überhaupt—so wird das nur möglich sein, wenn der europäische Raum ein ebenso einheitliches Wirtschaftsgebiet wird, wie es die USA. schon in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts waren.

Nur eine Vereinheitlichung des europäischen Wirtschaftsraums, ein Abbau der Zollgrenzen und ein unbehinderter Güteraustausch zwischen den verschiedenen Klima- und Wirtschaftszonen in Europa könnte einen Massenwohlstand nach dem Vorbild der USA. erzielen. Aber dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn Westdeutschland erst einmal imstande ist, mit seinen eigenen Industrieprodukten selbst für seine bescheidene Lebenshaltung aufzukommen.

Was diesem verstümmelten, zerstörten und zerrissenen Westdeutschland als Industriekapazität zugestanden worden ist, reicht dazu nicht im entferntesten aus. Westdeutschland ist nicht nur in seinen äußeren Umrissen, sondern auch in seiner Wirtschaftsstruktur ein zweites England geworden. Es hat etwa die gleiche landwirtschaftliche Nutzfläche, die gleiche Bevölkerungszahl wie England, aber es hat nur einen Bruchteil der englischen Industriekapazität und des englischen Exportvolumens. England hatte 1948 einen Industriewarenexport von 6,380 Mrd. \$, Westdeutschland von 0,685 Mrd. \$, also rund 10 % davon, England exportierte für 5,5 Mrd. \$ industrielle Fertigwaren, Deutschland nur 5 % davon, nämlich für 0,255 Mrd. \$. Selbst wenn der deutsche Export sich in diesem Jahr verdoppelt und sogar verdreifacht, würde das nur einen ganz bescheidenen Anfang bedeuten. Erst, wenn Deutschland das Volumen und die richtige Zusammensetzung des Industriewarenexports erreicht hat, die es von amerikanischen Subventionen unabhängig macht, wird die europäische Wirtschaftsbilanz einigermaßen in Ordnung kommen. Dann werden die europäischen Marshallplan-Länder in Deutschland das kaufen können, was sie normalerweise in Deutschland zu kaufen pflegten, und dann wird auch ein erheblicher Teil des Dollardefizits dieser Länder verschwinden.

### ***Kostspieliger Schrott***

Es ist kaum noch ein Zweifel möglich, daß die Industriebeschränkungen, die Demontagen z. B. gerade der modernsten und rentablen Werke der deutschen Stahl-

industrie nicht auf dieses Ziel hin, sondern von diesem Ziel wegführen. Selbst 1929, als es keinerlei Rüstungen in Deutschland gab, betrug die deutsche Stahlkapazität 16,2 Mill. t gegenüber den jetzt zugestandenen 11,1 Mill. t, Westdeutschland hat jetzt eine Bevölkerung zu erhalten, deren Unterhalt mit größeren Schwierigkeiten zu beschaffen ist als der Unterhalt der Gesamtbevölkerung Deutschlands vor dem zweiten Weltkrieg. Deshalb würde die Stahlproduktion von 1929 den besten Anhaltspunkt für den heute erforderlichen Umfang der westdeutschen Stahlproduktion geben. Aber die Demontagen, die vielfach sogar mit dem Schneidbrenner durchgeführt werden und an die Stelle von lebenswichtigen Produkten nichts weiter als Schrott liefern, werden nach einem Plan vom Frühjahr dieses Jahres noch jetzt durchgeführt, obwohl da schon längst die Erkenntnis da war, daß sie zur Verelendung und nicht zur Gesundung führen. Es ist schlecht vorstellbar, aber es ist leider eine Tatsache, daß diese Maßnahmen tatsächlich ein Bestandteil des Marshallplans sind und daß die Marshallplan-Länder, die ihre Waren an Deutschland verkaufen wollen, bei ihren eigenen Wiederaufbauplänen von diesen Zerstörungen ausgingen.

### *Nationalwirtschaftliche Fehlplanungen*

Auf dem Gebiet der Stahlproduktion z. B. sind mit direkten oder indirekten Marshallplan-Mitteln „Ersatz“-industrien finanziert worden. Es handelt sich hier teilweise um isolierte Fehlplanungen, wie etwa das krasse Beispiel des italienischen Long-Term-Plans zeigt, wo mit 200 Mill. \$ eine Stahlproduktion von 800 000 t aufgebaut wird, an einem Ort, wo es weder Kohle noch Erz gibt und enorme Produktionskosten entstehen müssen. Aber die August-Thyssen-Hütte mit einer Kapazität von 2 Mill. t am günstigsten und wirtschaftlichsten Standort Europas, soll verschrottet werden. Die Kosten für diese Verschrottung stellen sich auf 150 Mill. DM, der Wert des erzielten Schrotts auf rd. 50 Mill. DM. Insgesamt sollen in Deutschland eine Rohstahlkapazität von 4 Mill. t zerstört werden. Dafür wird mit amerikanischen Dollars von anderen Ländern eine Ersatzkapazität von 11 Mill. t Rohstahl aufgebaut.

Wenn es einen einheitlichen europäischen Marshallplan gäbe, so wären solche Fehlplanungen unmöglich. Dann wäre Europa westlich des Eisernen Vorhangs eine Wirtschaftseinheit, und der amerikanische Dollar würde dort investiert, wo er am schnellsten und wirksamsten den Wiederaufbau Europas fördert, und nicht, wo er den augenblicklichen nationalwirtschaftlichen Wünschen der Empfängerstaaten am besten entspricht. Das ist nicht nur bei Stahl, sondern auch bei den Fischer-Tropsch-Anlagen, der Bergius-Anlage in Gelsenberg, d. h. bei dem Abbau der deutschen Raffinationskapazität der Fall. An Stelle der demontierten Anlagen werden in anderen Ländern Raffinationskapazitäten von mehreren 100 % der Vorkriegsleistung aufgebaut. Beim Schiffbau sieht es noch düsterer aus. Da ist Deutschland völlig ins Hintertreffen geraten.

Diese ganze nüchterne Aufzählung harter Tatsachen, die Deutschlands Wiederaufbau hemmen, zeigt deutlich, warum noch kein europäischer Long-Term-Plan zustande gekommen ist und warum er zustande kommen muß, bevor es zu spät ist. Die europäischen Länder, die mit Hilfe des amerikanischen Dollars ihre Vorkriegsproduktion wieder aufbauen oder sogar vergrößern, werden das Vorkriegsniveau ihrer Lebenshaltung nicht erreichen können, solange Deutschland mit Produktion und Verbrauch nicht den Anschluß an diese Lebenshaltung finden kann. Deutschland muß also seine Funktion als Abnehmer und Lieferant Europas wiedergewinnen.

### *Zollfreiheit statt Zollunion*

Das Vorkriegseuropa mit seinen Zollschränken wäre für den wirklichen langfristigen Europaplan nicht das anzustrebende Ideal. Das Vorbild müßte die ausgeglichene Wirtschaftseinheit der USA sein. Zollunionen können den Weg dazu nicht ebnen. Wenn ein Marshallplan-Land dagegen bereit wäre gegenüber allen anderen Marshallplan-Ländern oder Gruppen von Marshallplan-Ländern auf der Grundlage der Gegenseitigkeit für große Gruppen von Waren auf Zölle oder Handelsbeschränkungen zu verzichten, so wäre damit die Bahn für einen intereuropäischen Warenstrom frei, der zu einem europäischen Lebensstrom werden könnte.

Es ist gar nichts dagegen einzuwenden, daß Deutschland als erstes Land diesen Weg beschreiten könnte. Wenn Deutschland bereit wäre, Zölle und Kontingentbeschränkungen z. B. für Erzeugnisse des Mittelmeerraumes abzuschaffen, falls die Mittelmeerländer Zölle auf Maschinen und Metallprodukte, evtl. Gruppen aus diesem Bereich, abschaffen, so wäre das durchaus mit der Havanna Charter vereinbar. Danach sind Präferenzen (und um eine solche würde es sich hier handeln), die dem schrittweisen Aufbau von einheitlichen Wirtschaftsgebieten dienen, erwünscht. Vielleicht gäbe es Widerstände bei den amerikanischen Interessenten, und sicher gäbe es solche bei den zollgeschützten Industrien der Mittelmeerländer und nicht zuletzt bei den deutschen Gartenbauinteressenten. Diese Widerstände würden aber vermutlich schwinden, sobald einmal ein solches deutsches Abkommen mit nur einem Lande, etwa der Türkei, richtig funktioniert.

Eins ist sicher, daß der Durchbruch gewagt werden muß. Eine national isolierte Planung kann kein Land in die europäische Wirtschaftseinheit führen, am allerwenigsten Deutschland, das sich die Prinzipien des freien Güterausstauschs in einem weiten Raum, vor allem in Europa, zur Grundlage seines Handels nehmen muß. Die Vereinheitlichung des europäischen Wirtschaftsgebiets kann nicht durch amerikanischen Druck erfolgen, und als guter Europäer kann man das nicht einmal wünschen. Deshalb muß die Initiative von Europa ausgehen, und dabei fällt Deutschland eine wichtige Aufgabe zu. Vielleicht wird — wenn Deutschland zur Lösung dieser Aufgabe seinen ehrlichen Anteil beiträgt — dann auch der europäische Long-Term-Plan noch rechtzeitig fertig werden.